Politiker. Er macht keine so feinen Unterschiede zwischen einer außenpolitischen Sympathie und einer innerpolitischen Gegnerschaft gegen den Bolschewismus. Wenn man ihm erzählt, wie wichtig die Freundschaft Moskaus für sein Land sei, ihn aber gleichzeitig auffordert, trotzdem seine alten Parteien, die Sozialdemokraten oder die Demokraten, aber ja keine Kommunisten, zu wählen, dann versteht er das nicht ganz. Das hat sich in Frankreich gezeigt, und wiederholt sich jetzt in der Tschechoslowakei. Man hat die Sowjets volkstümlich gemacht, und der Wähler zieht daraus ziemlich unbekümmert seine eigenen Folgerungen. Der Kommunismus hilft nach Kräften mit einer regen Propaganda nach, die mit jedem Mittel arbeitet, vor allem auch mit Sowjetfilmen, die in einem so aufnahmebereiten Publikum natürlich gewaltigen Zulauf finden mußten. Und aufmerksame Beobachter sahen mit Entsetzen, wie der auf der Filmleinewand erscheinende Stalin in Prag eine Volkstümlichkeit besitzt, die weit über die der maßgebenden Prager Staatsmänner hinausging.

Man durfte also mit Spannung erwarten, wie sich die amtliche Prager Außenpolitik zu den besorgten Stimmen im eigenen Regierungslager verhalten würde, die gemäß dem belgischen Beispiel eine Lösung der einseitigen Bindung an Sowjetrußland forderten. Diese Antwort hat Außenminister Krofta nunmehr gegeben. Sie lautet klipp und klar, daß das amtliche Prag weiterhin daran glaubt, Moskau könne ihm seine Sicherheit am besten verbürgen, und Belgien sei ein Sonderfall, dem es aus geographischen Gründen nicht zu folgen brauche. Die Rede ist auch ein Beweis dafür, daß die moskaufreundlichen Elemente in der Regierung, die Sozialdemokraten und die Demokraten, zur Zeit jedenfalls stärker sind, als die Landwirte und die Katholiken. Dementsprechend will Krofta alles beim alten lassen, ja, das Bündnis mit den Sowjets sogar noch ausbauen. Aber die Begründung, die er gibt, ist so widerspruchsvoll, daß man den jetzt geäußerten Prager außenpolitischen Grundsätzen den Verlegenheitscharakter recht deutlich anmerkt. Nach französischem Muster hilft sich Krofta mit der angeblichen „deutschen Gefahr". Das ist weder besonders originell, noch ist es zeitgemäß, denn es geschieht just in dem Augenblick, in dem Belgien sich deutlich von dieser Wahnvorstellung abgewendet hat. Ja, man kann sogar denselben Krofta als Kronzeugen dafür benennen, daß es mit diesem Schreckgespenst aus der Pariser Rumpelkammer nicht weit her sein kann. Denn der tschechische Außenminister kann nicht umhin, alles positiv zu beurteilen, was Deutschland in letzter Zeit getan hat. Er versichert uns, daß er sich über den deutsch-österreichischen Pakt und über die deutsch-italienische Annäherung freue und sie auch für sein eigenes Land vorteilhaft finde. Er könne darin auch keinen Staatenblock sehen, der der Tschechoslowakei feindlich gegenüberstünde. Im Gegenteil, er hoffe, daß sich nunmehr die wirtschaftliche Verständigung in Mitteleuropa erleichtern lasse. Das ist ganz unsere Meinung, und wir erblicken in solchen Worten, von Prag aus gesprochen, sogar einen erfreulichen Fortschritt. Denn vor noch nicht langer Zeit äußerte der tschechische Regierungschef, Mitteleuropa müsse sich erst untereinander verständigen und dann Deutschland geschlossen gegenübertreten. Die Entwicklung ist dann ein bißchen weitergegangen, und jetzt findet Prag, es geht eigentlich besser mit Deutschland als ohne Deutschland. Wenn man uns nun sogar freiwillig bescheinigt, man erblicke in unseren Abmachungen keinen feindlichen Block mehr, warum will man dann andererseits an einem deutschfeindlichen Block gegen uns zusammen mit den Sowjets festhalten, der doch die Tschechoslowakei innerpolitisch mehr schädigt, als er ihr außenpolitisch nützen kann, zumal die engeren Freunde in der Kleinen Entente ja heute auch nicht mehr viel von Sowjetrußland wissen wollen. Dieser Widerspruch läßt sich nur aus den Bedürfnissen der Prager Linkspolitiker erklären, die nun einmal, auch zu ihrem eigenen Schaden, nicht mehr von Moskau loskommen können. So sehr Krofta deshalb seinen Freunden einreden möchte, für die Tschechoslowakei sei alles beim alten geblieben, seine eigenen Ausführungen zeugen gegen ihn. Es hat sich auch in Mitteleuropa allerlei verändert, und eines Tages wird man in Prag doch die aufgeschobene außenpolitische Kursänderung vornehmen müssen.

Moskau torpediert die Nichteinmischungspolitik

Eine neue Unverschämtheit in London

London, 23. Oktober.

Der internationale Ausschuß für Ueberwachung des spanischen Nichteinmischungsabkommens trat am Freitagnachmittag um 17,15 Uhr MEZ zu seiner mit großer Spannung erwarteten Sitzung zusammen. Die Vertreter sämtlicher dem Ausschuß angehörenden 27 Staaten waren anwesend, darunter auch der Vertreter Portugals, der bekanntlich die letzte Sitzung aus Protest gegen das Verhalten der Sowjetrussen verlassen hatte. Deutschland war in der Sitzung durch seinen Geschäftsträger, Botschaftsrat Fürst Bismarck, vertreten. Besonders zahlreich war die sowjetrussische Abordnung, die aus Botschafter Maisky und nahezu dem gesamten übrigen Stab der Londoner Sowjetbotschaft bestand.

Maisky hat am Freitag dem Vorsitzenden des Internationalen Ueberwachungsausschusses ein Schreiben überreicht, das die offene Zurückziehung Sowjetrußlands von der Politik der Nichteinmischung bedeutet.

Das Schreiben des sowjetrussischen Botschafters Maisky, das den tatsächlichen Gegebenheiten in der spanischen Angelegenheit geradezu hohnspricht, hat folgenden Wortlaut:

„Durch den gemeinsam mit anderen Staaten erfolgten Beitritt Sowjetrußlands zum Nichteinmischungsabkommen glaubte die Sowjetregierung, erwarten zu können, daß das Abkommen von seinen Teilnehmern erfüllt werden und daß infolgedessen die Dauer des Bürgerkrieges in Spanien verkürzt und die Zahl der Opfer vermindert werden würde. Die seither verstrichene Zeit hat jedoch gezeigt, daß das Abkommen von einer Reihe seiner Teilnehmer systematisch verletzt wird, und daß die Waffenlieferungen an die „Rebellen" ungestraft fortgesetzt werden. Einer der Teilnehmer des Abkommens, Portugal, ist der Hauptstützpunkt für Lieferungen an die „Rebellen" geworden, während die „gesetzliche Regierung" Spaniens praktisch boykottiert und der Erleichterungen beraubt wird, außerhalb Spaniens zur Verteidigung des spanischen Volkes Waffen zu kaufen. Daher ist infolge der Verletzungen des Abkommens für die „Rebellen" eine bevorzugte Lage geschaffen worden, die nicht im Sinne des Abkommens lag. Als Ergebnis dieser anormalen Lage wird der Bürgerkrieg in Spanien verlängert und die Zahl seiner Opfer vermehrt. Die Bemühungen des Vertreters der Sowjetregierung, der Praxis der Abkommensverletzungen ein Ende zu bereiten, haben im Ausschuß keine Unterstützung gefunden. Der letzte Vorschlag des Sowjetvertreters hinsichtlich einer Kontrolle der Häfen Portugals, das ein Hauptstützpunkt für die Lieferungen der „Rebellen" ist, hat ebenfalls keine Unterstützung gefunden und ist nicht einmal auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung gesetzt worden. Infolgedessen hat sich das Abkommen als ein leerer, zerrissener Fetzen Papier erwiesen. Es hat praktisch zu bestehen aufgehört. (!) Da die Sowjetregierung nicht in der Lage von Personen zu bleiben wünscht, die wissentlich einer ungerechten Sache beistehen, sieht sie nur einen Ausweg aus der geschaffenen Lage.

nämlich der spanischen Regierung die Möglichkeit des Waffenkaufes außerhalb Spaniens zu gewähren,

ein Recht, dessen sich die Regierungen der ganzen Welt erfreuen, und den Teilnehmern des Abkommens das Recht zuzugestehen, Waffen an Spanien zu verkaufen oder nicht zu verkaufen. Auf jeden Fall ist die Sowjetregierung nicht gewillt, noch länger die Verantwortung für die offensichtlich ungerechte Lage in bezug auf die „legale" spanische Regierung und das spanische Volk zu tragen. Sie ist daher jetzt gezwungen, zu erklären, **daß sie in Uebereinstimmung mit ihrer Erklärung vom 7. Oktober sich durch das Nichteinmischungsabkommen in keinem größeren Ausmaße für gebunden erachtet, als die übrigen Teilnehmer des Abkommens."**

Dieses Schreiben wurde in der Sitzung des Ueberwachungsausschusses auf Wunsch des sowjetrussischen Botschafters Maisky den übrigen Mitgliedern des Ausschusses zur Kenntnis gegeben.

*

Der Brief stellt den Gipfel der Unverschämtheit, Verdrehung und Verleumdung dar. Es erübrigt sich, auf die Einzelheiten seiner Behauptungen einzugehen, da er bewußt auf Lügen aufgebaut ist, um den Nichteinmischungsausschuß zum Platzen zu bringen. Vermutlich dürfte vor allem der Vertreter Portugals, des in dem Briefe am stärksten mit Anwürfen bedachten Landes, die Antwort auf die sowjetrussischen Verunglimpfungen nicht schuldig bleiben. In den Augen jedes ehrliebenden Politikers richtet sich moralisch das Verhalten Sowjetrußlands selbst. Es verstärkt bei den Einsichtigen die Ueberzeugung, daß Moskau kein Regierungssitz ist, mit dem man auf gewohnten Grundlagen des Anstands verhandeln kann. Gegen dieses Dokument der Lüge dürften die Mitglieder des Nichteinmischungsausschusses, denen die tatsächlichen Verhältnisse ja bekannt sind, ziemlich geschlossen Front machen.

Die Männer der Durchführung des Vierjahresplanes

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 23. Oktober.

Nachdem nunmehr amtlich die Organisation des Vierjahresplanes bekannt wird, die im wesentlichen darauf hinausgeht, daß keine neuen Aemter geschaffen werden, wird auch deutlich, daß die Hauptarbeit von den führenden Männern geleistet werden muß, die jetzt vom Ministerpräsidenten und Generaloberst Göring zu den neuen Aufgaben berufen worden sind. Als Stellvertreter des Ministerpräsidenten und Generaloberst Göring arbeitet Staatssekretär Körner, der die Gewähr dafür gibt, daß er die erhaltenen Weisungen nicht nur dem Wortlaut, sondern auch dem Sinne nach ausführt. Es ist ein alter Vertrauter Görings. Es sind gerade in diesen Tagen zehn Jahre vergangen, seit Göring und Körner sich zu gemeinsamer politischer Arbeit zusammenfanden.

An der Spitze der Abteilung für die Erzeugung deutscher Rohstoffe und Werkstoffe steht der Oberstleutnant im Generalstab Löb, der den Weltkrieg an der Westfront mitgemacht hat und der vom April 1933 an Chef des Beschaffungswesens im Reichsluftfahrtministerium gewesen ist. Gerade diese Aufgabe hat ihn vorbereitet für die jetzige größere Aufgabe. Bemerkenswert ist, daß Oberstleutnant Löb auch als Chef des Rohstoff- und Devisenstabes beim Ministerpräsidenten Generaloberst Göring tätig gewesen ist. — Für die Verteilung der Rohstoffe ist der badische Ministerpräsident Köhler zuständig, der seine besondere Eignung hierfür seit langem bewiesen hat. Der wirtschaftliche Berater des Führers, Dr.-Ing. Keppler, ist zum Generalfachverständigen ernannt worden; außerdem ist er zuständig für die Produktion industrieller Fette. Auch hier handelt es sich um einen Wirtschaftsfachmann allerersten Ranges. Für den Arbeitseinsatz zeichnet Ministerialrat Dr. Mansfeld verantwortlich, der besonders die wirtschaftlichen Verhältnisse im Westen des Reiches kennt und der seit 1933 die sozialpolitische Hauptabteilung im Reichsarbeitsministerium leitet. Hier unterstanden ihm im besonderen die Treuhänder der Arbeit. Eine seiner Hauptaufgaben bestand in der Regelung und Erhaltung des Lohnniveaus.

Der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung, Dr. Syrup, ist der deutschen Oeffentlichkeit kein Fremder. Er hat ja seit langem lebenswichtige Fragen des deutschen Volkes bearbeitet und seine Eignung für den zweiten Vierjahresplan schon durch die Lösung der ihm gestellten Arbeiten beim ersten Vierjahresplan erbracht. Für die Landwirtschaft ist Staatssekretär Backe vom Reichsernährungsministerium zuständig, der, wie auch die übrigen Herren, sein Hauptamt behält. Staatssekretär Backe beherrscht nicht nur die wissenschaftlichen Grundlagen der Landwirtschaft, sondern hat auch als Landwirt die praktischen Erfahrungen gewonnen, um sie wirksam für die kommenden Aufgaben zu verwerten. Die Leitung der Geschäftsgruppe Preisbildung hat der Gauleiter und Oberpräsident Josef Wagner, der es in allen seinen Tätigkeitsgebieten verstanden hat, sich Vertrauen zu erwerben, und dem eine überaus starke Energie nachgerühmt wird. Ministerialdirektor und Staatsrat Neumann hat Deutschland verschiedentlich auf internationalen Wirtschaftskonferenzen vertreten und gilt als einer der Hauptsachverständigen auf finanziellem Gebiet. Ministerpräsident Generaloberst Göring hat also einen Stab von Männern um sich versammelt, die die Gewähr dafür bieten, daß das, was Göring will und was der Führer will, auch ungesäumt in allerkürzester Frist durchgeführt wird.

Kronprinzessin Juliane besuchte die Reichshauptstadt

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 23. Oktober.

In aller Stille besuchte die holländische Thronfolgerin Kronprinzessin Juliane Freitag mittag die Reichshauptstadt. Mit ihrem Verlobten, dem Prinzen Bernhard zur Lippe-Biesterfeld, und dessen Mutter traf sie in den Mittagsstunden in Berlin ein. Der Besuch war weder angekündigt worden noch fand irgendein offizieller Empfang statt. Es entsprach dies den ausdrücklichen Wünschen der holländischen Thronfolgerin. Nach einem Aufenthalt von etwa drei Stunden verließ sie am Nachmittag wieder Berlin, um über die neue Magdeburger Autobahn nach Hannover zu fahren. Am Sonnabend beschließt ein Besuch bei Verwandten des Prinzen Bernhard in Lippe die Deutschlandreise der Kronprinzessin.

Kronprinzessin Juliane weilte bekanntlich während der letzten Tage auf dem Stammschloß ihres Verlobten in Reckenwald, das in der Nähe der polnischen Grenze liegt. Die Bevölkerung der Grenzmark bereitete dem Brautpaar bei seiner Abreise aus Reckenwald einen sehr herzlichen Abschied. Durch ihre liebenswürdige Bescheidenheit hatte sich die holländische Thronfolgerin die Sympathien der Bevölkerung, mit der sie auf Spaziergängen und Spazierfahrten in nähere Berührung gekommen war, sehr schnell gewonnen. Prinz Bernhard wird noch vor seiner Vermählung mit Kronprinzessin Juliane zum Offizier des 1. holländischen Husarenregiments in Deventer, der sogenannten „Blauen Husaren", ernannt werden. Bei der Feier seiner Vermählung wird Prinz Bernhard die Uniform dieses Regiments tragen. Welchen militärischen Rang Prinz Bernhard in der holländischen Armee erhalten wird, steht zur Zeit noch nicht fest. Der verstorbene Gemahl der regierenden Königin Wilhelmine war seinerzeit zum Generalmajor à la Suite ernannt worden.

von Schirach fünf Jahre Reichsjugendführer

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 23. Oktober.

Am 30. Oktober 1936 jährt sich zum fünften Male der Tag, an dem durch eine Verfügung des Führers die Dienststelle „Reichsjugendführer" geschaffen und Baldur von Schirach zum Reichsjugendführer ernannt wurde. Aus Anlaß dieses fünfjährigen Gedenktages versammeln sich am Abend des 30. Oktober die Amtsleiter der Reichsjugendführung, die BDM-Hauptreferentinnen der Reichsjugendführung, die Gebietsführer und Gebietsjungvolkführer, die Obergauführerinnen und Gäste aus Staat, Partei und Wehrmacht, sowie die Träger des goldenen HJ-Ehrenzeichens um 19 Uhr in München zu einer Feierstunde im Alten Rathaus. Baldur v. Schirach und Stabsführer Hartmann Lauterbacher werden zur HJ-Führerschaft sprechen. Um 20,15 Uhr findet eine große Kundgebung der Hitlerjugend im Zirkus Krone statt, in deren Mittelpunkt eine Rede des Reichsjugendführers stehen wird. Um 21,45 Uhr folgt eine Kranzniederlegung in den Ehrentempeln am Königsplatz durch Baldur von Schirach. Gleichzeitig mit dieser Feier in München versammeln sich die HJ, Jungvolk, BDM und Jungmädel im ganzen Reich zu örtlichen Feierstunden.

Gauleiter Bohle in Wien

Wien, 23. Oktober.

Der Leiter der Auslandsorganisation der NSDAP, Gauleiter Bohle, begab sich am Freitag in Begleitung des Botschafters v. Papen und des Beauftragten der Auslandsorganisation für Oesterreich, Konsul Berner, zum österreichischen Staatssekretär für Aeußeres Dr. Schmidt, um ihm seine Aufwartung zu machen. Bei dieser Gelegenheit unterrichtete Gauleiter Bohle den Staatssekretär über die Arbeiten der Auslandsorganisation und erörterte in freundschaftlicher Weise mit ihm Fragen der Reichsdeutschen in Oesterreich.

Das 12. Sängerbundesfest reichswichtig

Berlin, 23. Oktober.

Der Deutsche Sängerbund E. V. begeht in der Zeit vom 29. Juli bis 1. August 1937 in Breslau sein 12. Sängerbundesfest. Diese Veranstaltung, die bekanntlich aller 5 Jahre stattfindet, stellt eine gewaltige Volkstumskundgebung dar, die von Tausenden von Auslandsdeutschen besucht werden wird. Es wird mit einer Teilnehmerzahl von etwa 150 000 aktiven Sängern gerechnet. Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Dr. Goebbels, hat das 12. Sängerbundesfest des Deutschen Sängerbundes in Breslau 1937 für reichswichtig erklärt.

Das Eifelland dankt Dr. Goebbels. Reichsminister Dr. Goebbels empfing eine Abordnung des Kreises Daun (Eifel), die dem Minister als Dank für die durch eine Auftragserteilung für das Winterhilfswerk erzielte Wirtschaftsbelebung mehrere Kunstwerke eifelländischer Künstler überreichte.

„Eine Gefahr für das Britische Reich"

London, 23. Oktober.

Unter der Ueberschrift „Eine neue rote Drohung" veröffentlicht die bekannte englische Wochenzeitschrift „Saturday Review" eine scharfe Kritik des englisch-sowjetrussischen Flottenvertragsentwurfes. Das Blatt geht dabei von einer Erklärung Worroschilows aus, der nach Beendigung der sowjetrussischen Flottenmanöver in der Ostsee geäußert hatte, daß Sowjetrußland nach erfolgter Aufrüstung zu Lande und in der Luft nunmehr seine Aufmerksamkeit der Flotte zuwende und die stärksten Unterseeboote der Welt bauen werde. „Saturday Review" ist nunmehr in der Lage, auf Grund von Mitteilungen von vertrauenswürdiger Seite Einzelheiten des Moskauer Bauprogramms mitzuteilen, aus denen einwandfrei hervorgeht, daß die von Worroschilow angekündigten Pläne durchaus keine leere Drohung darstellen. Danach

sieht das sowjetrussische Flottenbauprogramm einen Gesamtbestand von 167 Unterseebooten vor, von denen 127 entweder bereits fertig oder im Bau sind, bzw. in Kürze auf Kiel gelegt werden.

Es verbleiben demnach 20 Boote, die erst in späterer Zukunft gebaut werden sollen. Von den bereits fertiggestellten Fahrzeugen sind 40 bis 50 für den Fernen Osten vorgesehen. Das Verhältnis der für Hochseezwecke bestimmten Unterseeboote zu den kleineren Typen ist, der „Saturday Review" zufolge, erheblich größer als in irgendeiner anderen Marine, wobei die japanische Flotte vielleicht eine Ausnahme bilde. Selbst Frankreich, dessen Unterseebootflotte sogar von britischen Flottensachverständigen als eine Drohung angesehen werde, besitze wenig mehr als 100 Einheiten. Kein vernünftiger Mensch, so schreibt die Zeitschrift, könne behaupten, daß dieses gewaltige Unterseeboot-Programm der Sowjetrussen keine Gefahr für das Britische Reich bedeute.

Schärfste Kritik übt die Zeitschrift ferner daran, daß in dem englisch-sowjetrussischen Flottenvertragsentwurf Moskau die Bestückung von mindestens zwei Schlachtschiffen mit 16zölligen Geschützen zugestanden worden sei, während England entsprechend den mit den Vereinigten Staaten und Frankreich abgeschlossenen Flottenverträgen seine Bestückung für alle neuen Großkampfschiffe auf 14 Zoll begrenzen müsse.

SLUB
Wir führen Wissen.